

2001

Fährdaten

Stadtzeitung Lübeck Ausgabe vom 20. Februar 2001

Fahren mit der Priwallfähre wird teurer

Neue Tarife ab 1. Juli 2001

Mitnahme von Fahrrädern künftig kostenlos

Ob zu Fuß oder mit dem Auto, die Überfahrt über die Trave mit der Priwallfähre wird ab 1. Juli 2001 teurer. Das beschloss der Aufsichtsrat der Stadtverkehr Lübeck GmbH in seiner Sitzung am vergangenen Dienstag. Attraktives Novum bei der Tarifgestaltung: die Mitnahme von Fahrrädern ist generell kostenlos. Zudem gelten die Pkw-Fahrpreise ab Juli inklusive aller Fahrzeuginsassen. Zukünftig wird eine Einzelfahrt für Erwachsene 80 statt bisher 60 Pfennig kosten, Jugendliche zahlen 40 statt bisher 30 Pfennig pro Überfahrt. Und auch für die Monatskarten müssen die Nutzer ab Juli tiefer in die Tasche greifen: So zahlen Erwachsene ab Juli 28 statt bisher 17,50 Mark, Jugendliche 14 statt bisher 10,50 Mark. Im Rahmen der Tarifierhöhung wird auch auf die veränderte Nachfragesituation eingegangen: So entfallen wegen geringer Nachfrage die Sechsmonatskarten, und Wohnmobile werden künftig wie Fahrzeuge bis 7,5 Tonnen berechnet. Die Fahrpreiserhöhung wurde notwendig, um die Wirtschaftlichkeit des Fährbetriebs zu verbessern.

Stadtzeitung Lübeck Ausgabe vom 20. Februar 2001

Kein Priwall-Fahrgeld für FußgängerInnen und Jugendliche

Bündnis 90 / Die Grünen

V.i.S.d.P.: Carl Howe

Die fast heimliche Preiserhöhung für die Fahrscheine der Priwallfähren zeigt wieder einmal, was für einen Abbau an Demokratie es bedeutet, wenn ehemals städtische Eigenbetriebe zu neuen, quasi privaten GmbH's umgegründet werden, selbst wenn die Stadt die Eigentümerin bleibt. Der Stadtwerkeausschuss, in dem ja nicht nur Bürgerschaftsmitglieder, sondern auch Bürgerinnen und Bürger Lübecks in öffentlicher Sitzung beraten konnten, wurde aufgelöst, und jetzt macht sich ein Aufsichtsrat einsame Gedanken über das, was er für das Wohl der EinwohnerInnen hält. Zu seiner ersten Sitzung in diesem Jahr überlegte der Aufsichtsrat der Stadtverkehr Lübeck GmbH, ob die Fahrpreise für FußgängerInnen verdoppelt werden sollten.

07.09.2001

Beschlussvorlage für den Aufsichtsrat

Gegenstand:

Sondertarife der Priwallfähren

Beschlussvorschlag:

Der Sondertarif für die Bewohner des Priwalls sowie der in den Sondertarif einbezogenen Gemeinden und Ortschaften wird ab 01.Januar 2002 auf 30% des regulären Fährtarifes angehoben.

LN 30.09.2002

Während der politische Streit um die drastische Erhöhung der Priwallfährtarife anhält, steht jetzt eine juristische Lösung bevor

Streit um die Fährgebühren: Anwohner verklagt die Stadt



Immer wieder Ärger um die Tarife: Hunderte von Autos, Fahrrädern und Fußgängern befördern die Priwall-Fähren täglich. Für die Priwallianer stellen sie die schnellste Verbindung zum Rest der Hansestadt dar. Die Erhöhung der Fahrpreise um über 300 Prozent lehrt die breite Mehrheit von ihnen kategorisch ab. Foto: MANNHART

Kai Dordowski

Seit einem Jahr kämpfen die Bewohner des Priwalls gegen die drastisch erhöhten Fährtarife. Nun müssen sich auch die Gerichte mit der Angelegenheit befassen. Das Ehepaar Schmitt hat Klage gegen die Stadtverkehr GmbH eingereicht. Wilhelm Schmitt rechnet in den nächsten Tagen mit einem Termin vor dem Lübecker Amtsgericht.

Weil die Stadt im vergangenen Jahr ihre Subventionen für die Sonderpreise, zu denen die Priwallbewohner die Fähren nutzen, strich, hob der Stadtverkehr zum 1. Juni 2001 die Tarife kräftig an. „Die Preissteigerung für Pkw beträgt 350 Prozent“, rechnet Kläger Schmitt vor. Es gebe im Bürgerlichen Gesetzbuch einen Paragrafen, der einem Monopolbetrieb wie dem Fährbetreiber Stadtverkehr vorschreibt, dass Preise nur „in billigem Ermessen“ festgesetzt werden dürften. Schmitt: „Diese billige Ermessen ist meiner Meinung nach deutlich überschritten worden.“

Bei den Bussen denke der Stadtverkehr über eine 15prozentige Tariferhöhung in drei Jahren nach. Da könne man die Fährtarife nicht auf einen Schlag um über 300 Prozent anheben, so der Kläger vom Priwall.

Wie so viele Priwallbewohner wartet das Ehepaar Schmidt seit einem Jahr auf eine politische Lösung des Problems. Bislang vergeblich. „Wir sind sauer auf die Politiker“, erklärte Christine Voigt-Müller Sprecherin der Bürgerinitiative „Rettet den Priwall“. Die Bewohner würden seit einem Jahr hingehalten. Voigt-Müller: „Das ist ein unhaltbarer Zustand“.

Die Priwalller ärgert vor allem, dass es zwei Bürgerschaftsbeschlüsse gibt, die die Rücknahme der Tariferhöhung verlangen. Am 24. Januar dieses Jahres beschlossen CDU und Grüne: „Der Bürgermeister wird beauftragt, die vom Aufsichtsrat beschlossenen Fährtarife zurückzunehmen und die zuvor geltende prozentuale Preisermäßigung für die Priwallbewohner so festzusetzen, dass diese Regelung möglichst dauerhaft gelten kann.“ Daraufhin legte Bürgermeister Bernd Saxe (SPD) als Gesellschafter des Stadtverkehrs sein Veto ein. Begründung: Würden die Sondertarife wieder gesenkt, entstünden dem Stadtverkehr Verluste. Das könne er als Gesellschafter nicht vertreten. Am 28. Februar wies die Bürgerschaft die Bedenken des Verwaltungschef zurück und forderten ihn erneut auf, die Sondertarife zu senken. Im April ordnete Saxe an, dass der Stadtverkehr diesen Bürgerschaftsbeschluss umsetzen müsse.

Doch die Aufsichtsräte des Stadtverkehrs und seiner Mutter, den Stadtwerken, weigerten sich, entsprechende Beschlüsse zu fassen. Am Donnerstag tagte das Kontrollgremium des Mutterkonzerns: „Wir haben die Entscheidung an den Bürgermeister zurücküberwiesen“, erläutert Vorsitzender Klaus Damit liegt der schwarze Peter jetzt wieder beim Bürgermeister, der vor einer kuriosen Situation steht. Er soll einen Bürgerschaftsbeschluss umsetzen, den er als Gesellschafter des

Stadtverkehrs nicht verantworten kann. Auf dem Priwall glaubt man jedenfalls nicht mehr an eine politische Lösung: Kläger Schmitt hofft jetzt, dass das Amtsgericht die Tarifierhöhung zurückweist. Sollte das Urteil anders ausfallen, geht er womöglich in eine weitere Instanz.

10.10.2001

Seniorenbeirat gegen geplante Erhöhung der Priwallfährtarife

“Die bekanntgewordenen Pläne der Stadtverkehr Lübeck GmbH zur Erhöhung der Priwall-Fahrtarife dürfen so nicht beschlossen werden.”

Diese Forderung hat der Seniorenbeirat der Hansestadt Lübeck gegenüber Bürgermeister Bernd Saxe erhoben, der das im Mai dieses Jahres neu gewählte Gremium jetzt besuchte.

Der Seniorenbeirat verkenne nicht die Finanznot der Hansestadt Lübeck. Er verkenne auch nicht die Notwendigkeit der Erhöhung der bestehenden Tarife. Dennoch ist der Seniorenbeirat, so deren Vorsitzende Anke Horn, “empört über die Absicht der Stadtverkehr Lübeck GmbH, bis zu 300 Prozent erhöhte Tarife einzufahren.” Hiervon seien gerade auch die Seniorinnen und Senioren in unzumutbarer Weise betroffen. Die älteren Menschen müssten damit nach der Verschlechterung der Busanbindung in dem Bereich eine weitere Benachteiligung in Kauf nehmen.

“Diese Tarifierhöhung darf nicht nur vertagt werden, sie muss vom Tisch”, sagte Anke Horn. Zu Gesprächen über sozialverträgliche Lösungen für die älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger sei der Seniorenbeirat bereit. Allerdings hätten die Stadtwerke, wie bereits zum Jahresanfang bei der Abschaffung der Seniorenkarte, bisher trotz gegenteiliger Regelungen innerhalb der Hansestadt Lübeck wiederum ihre Vorstellungen über “die Köpfe der Betroffenen hinweg” ins Verfahren gegeben. Diese Praxis müsse endlich aufhören.

07.10.2001

Frühschoppen des SPD-Ortsvereins Travemünde

7.10.2001 um 11.00 Uhr Seglertmesse am Passathafen

„Drastische Erhöhung der Sondertarife Fährgebühren“

30.10.2001

Schreiben des Stadtverkehrs an den Verein

Sondertarife Priwallfähre ab dem 01.Januar 2002

Die Entwicklung des Sondertarifes wird ausführlich dargestellt.

Es wird im Speziell auf das Thema der „verdeckten Gewinnausschüttung“ und die damit verbundenen finanziellen Belastungen des städtischen Haushaltes eingegangen.

LN November 2001

Priwallfähre: Bleibt nun doch alles beim Alten ?

Steuerrechtliche Gründe für die Verdreifachung der Sonderpreise sollen vom Tisch sein-

CDU fordert: Keine Erhöhung

Kai Dordowsky

Die Priwallbewohner kommen möglicherweise doch um die Verdreifachung ihrer Sondertarife für die Fähren herum. Der bisher als Grund für die Erhöhung angeführte steuerrechtliche Grund ist nach Angaben des Travemünder CDU-Chefs Klaus Petersen vom Tisch.

Am 9.Oktober hatte der Aufsichtsrat des Stadtverkehrs beschlossen, dass die Priwallbewohner künftig 30 und nicht mehr zehn Prozent der allgemeinen Fahrpreise bezahlen müssen. Nur so könne eine sogenannte “verdeckte Gewinnausschüttung” vermeiden werden. Bislang hatte die Stadt die Differenz von 20 Prozent getragen, den Zuschuss ab 2002 aber gestrichen. Folge für die Bürger: Die Jahreskarte beispielsweise für den Pkw soll jetzt 588 statt 196 Mark kosten. Diese Entscheidung sorgte auf dem Priwall für Empörung.

Petersen, im Hauptberuf Steuerberater, forderte die Verwaltung auf, über das steuerrechtliche Problem noch einmal mit dem Lübecker Finanzamt zu verhandeln. Während das Stadtsteueramt jahrelang und zuletzt im Frühjahr beim Finanzamt auf taube Ohren gestoßen war, hatte der von den Stadtwerken losgeschickte Wirtschaftsprüfer mehr Erfolg. „Es gibt keine verdeckte Gewinnausschüttung“, jubelt Petersen und fügt hinzu: „Ich habe immer Zweifel an dieser" Version gehabt.“

Ulrich Pluschkell (SPD), Aufsichtsratsvorsitzender des Stadtverkehrs und Bürgerschaftsmitglied, bestätigt die steuerrechtliche Wende. Und ärgert sich. „Mit dieser Haltung der Finanzbehörden hätten wir uns jahrelange Zerwürfnisse ersparen können. Nach Angaben beider Politiker soll ein Personalwechsel den Sinneswandel im Finanzamt ausgelöst haben.

Wirtschaftssenator Wolfgang Halbedel (CDU), aus dessen Etat der städtische Zuschuss von zuletzt 420 000 Mark gezahlt wurde, zeigt sich erleichtert, will aber erst jubeln, wenn die schriftliche Aussage des Finanzamts vorliegt.

Auch Joachim Sprenger, Geschäftsführer des Stadtverkehrs, bremst die Euphorie: „Es gibt noch Klärungsbedarf.“ Bis zur Bürgerschaftssitzung am 29. November soll die steuerrechtliche Frage geklärt sein. Tatsächlich dächten die Finanzbehörden darüber anders als früher. Und einen Personalwechsel im Finanzamt habe es tatsächlich gegeben.

Für den Stadtverkehr-Chef ist die Erhöhung der Sondertarife noch nicht beerdigt. Ohne höhere Preise könnten die Fähren keine schwarzen Zahlen schreiben, so Sprenger. Im vergangenen Jahr hätten die Schiffe einen Verlust von 150.000 Mark eingefahren, in den Vorjahren dagegen Gewinn gemacht

Die SPD will auf ihrer Klausurtagung am Wochenende über die neue Lage beraten. „Die Grundsatzfrage bleibt“, so SPD-Verkehrsexperte Pluschkell: „Warum fahren die Priwallbewohner für einen ein Ei rüber, während alle voll bezahlen?“ Die CDU will sich dafür einsetzen, dass die Erhöhung zurückgenommen wird.

29.November 2001

Schreiben mehrerer Fraktionen an den Stadtpräsidenten

Der Bürgermeister soll einen Bericht bis Sommer 2002 vorlegen in dem über die Möglichkeiten einer Privatisierung der Priwallfähren berichtet wird.

Aufruf an alle Priwallbewohner

Am Dienstag, den 11.12.2001 hat der Aufsichtsrat der Stadtwerke GmbH(Holding) die vom Stadtverkehr beschlossene Erhöhung des Fährtarifes für Priwallbewohner bestätigt.

Jahreskarte PKW incl. Fahrer 301.00€

Fußgänger 43.00€

Dies bedeutet eine Verdreifachung des bisherigen Tarifes

PRIWALLER wehrt EUCH !!!!!

13.12.2001

Schreiben an den Stadtverkehr z.Hd. Hrn.Sprenger

Fährtarife.

Ab 02.Januar 2002 werden die Fährkarten und Vignetten für das Jahr 2002 ausgegeben.

Wir bitten um eine Fristverlängerung zum Abholen derselben bis 31.01.2002.

Grund hierfür ist die derzeit ungelöste Frage der verdeckten Gewinnausschüttung und der eventuelle Beschluss auf der Bürgerschaftssitzung am 24.01.2002 weiterhin den Zuschuss von 20% in den Haushalt aufzunehmen

19.12.2001

Schreiben des Stadtverkehrs an den Verein

Fährtarife 2002-Ihr Schreiben vom 13.12.2001

Der Aufsichtsrat der Stadtverkehr Lübeck GmbH hat am 09.10.2001 beschlossen, den Sondertarif für die Priwallbewohner und deren Gleichgestellte ab dem 01.01.2002 von

derzeit 10% auf 30% des Regeltarifes. Der Fährbetrieb ist nicht in der Lage die Ausgleichszahlungen durch die Hansestadt in Höhe von ca.420.00DM jährlich aufzubringen.

Die Änderung des Sondertarifes wurde in der Aufsichtsratssitzung am 26.11.2001 erneut beschädigt.

Es wird die Möglichkeit der Ratenzahlung angeboten